

21.03.2025

Dr. Jana Groth zum Haushalt

Lieber Kreistag, lieber Kreisausschuss, liebe Gäste,

lassen Sie mich, bevor ich ein paar konkrete Worte zum Haushalt verliere, damit beginnen, in welchem Kontext wir diesen Doppelhaushalt – der die Entwicklung im Landkreis in den nächsten beiden Jahren ja maßgeblich bestimmen wird – verabschieden. Gerade hat die "World Meteorological Organization" in ihrem Bericht zum Jahr 2024 bekannt gegeben, dass bestimmte Folgen der Klimaerhitzung, wie die Erwärmung der Meere oder die steigenden Meeresspiegel, für hunderte Jahre irreversibel sein werden.

Bereits vor über drei Jahren im Kontext des "Klimaschutzantrags" hier im Kreistag meinte Niels Noack aus unserer Fraktion zum Thema klimagerechter Infrastrukturwandel: "Wir werden für diesen Infrastrukturwandel wahnsinnige Summen Geld brauchen, die unsere Haushalte bisher nicht hergeben, wir wissen noch nicht genau, woher dieses Geld kommen soll, aber eins ist klar: Wir brauchen ein neues Verständnis von Schulden, ein neues Verständnis davon, dass klimaresiliente Infrastrukturen einen Unterschied zwischen Gedeih und Verderb machen."

Seitdem hat sich die Situation verschärft. Sowohl klimapolitisch als auch finanziell sind nur wenige Fortschritte zu sehen, und zwar auf allen Ebenen – sei es die Bundes-, die Landes- oder die kommunale Ebene.

Der Weg zu einem angemessenen Klimastrukturwandel und zur Erreichung der Klimaziele trifft immer wieder auf zahlreiche politische Hürden. Zwar ist Klimaanpassung mittlerweile eine Pflichtaufgabe der Kommunen, Klimaschutz allerdings nicht. Das müsste es aber sein, damit endlich genügend Gelder von Bund und Ländern bereitgestellt werden.

Nun aber konkret zu diesem Doppelhaushalt: Wir danken der Verwaltung für diesen unter schwierigen Umständen zustande gekommenen Haushalt. Wir wissen darum, dass hier eine Problematik der immer höheren Anforderungen an die Kommunen mit dem Unwillen der Landes- und Bundesebene zusammentrifft, für das zu bezahlen, was Kommunen und so auch der Landkreis Marburg-Biedenkopf an sozialen und ökologischen Leistungen erbringen. Wir sehen hier auch ausdrücklich nicht die Tarifabschlüsse der Mitarbeiter*innen der Kommunen und des Landkreises als Problem an oder schieben das Ganze auf die Menschen, die vor Krieg, politischer Verfolgung oder auch der Klimakrise geflüchtet sind und hier im Landkreis aufgenommen werden. Vielmehr verhindern schwarze Nullen auf Landes- und bisher auch auf Bundesebene die dringend notwendigen Investitionen in den Klimastrukturwandel auf kommunaler Ebene.

Um ein wenig konstruktiv zu sein, haben wir natürlich auch die positiven Dinge im Haushalt wahrgenommen. In Photovoltaikanlagen an Schulstandorten wird weiter kräftig investiert. Haushalterisch eher kleine Posten wie Klima-Lotsen oder Solar-Lotsen, die aber in Bezug auf den privaten Ausbau erneuerbarer Energien und der Klimaneutralität von Privathäusern einen erheblichen Einfluss haben können, sind ebenfalls positiv hervorzuheben. Dinge wie das Klimaanpassungskonzept für die willigen Kreiskommunen oder das "Integrierte Vorreiterkonzept" zum Klimaschutz inklusive kommunaler Wärmeplanung konnten zumindest über externe Fördergelder abgesichert werden. Auch in den Radverkehr wird zumindest in dem Maße weiter

investiert, wie es im Investitionsprogramm vorgesehen ist, auch wenn die Bürgermeister*innen gern weniger davon gehabt hätten.

Es gibt aber auch Entscheidungen, die wir in Bezug auf den aktuellen Haushalt kritisch sehen. Die Black-Box, welche der Betrieb des DRK-Krankenhauses darstellt, kann man in Bezug auf die Gesundheitsversorgung im Landkreis noch als quasi "alternativlos" ansehen.

Der Erweiterungsbau der Kreisverwaltung war dagegen kaum alternativlos. Er hat deutlich mehr gekostet als geplant, obwohl gerade bei der klimafreundlichen Wärmeversorgung gespart wurde – so dass auch der Ausstieg aus einer fossilen Wärmeversorgung für das Gebäude, in dem wir gerade tagen, momentan in den Sternen steht.

Auch bei anderen Kreisgebäuden rächt sich gerade, was man in der Vergangenheit verschlafen hat: Das Schulbauprogramm mit seinen Investitionen hätte schon lange den Fokus auf klimaneutrale Wärmeversorgung nötig gehabt und nun wird aufgrund der finanziellen Lage vieles zurückgestellt oder gestrichen. Auch das unsanierte Schulgebäude, das laut Kreistagsbeschluss vom 24.05.2024 innerhalb eines Jahres auf Wärmepumpen umgerüstet werden sollte, wird es wohl auf absehbare Zeit nicht geben. In der aktuellen Antrags- und Beschlusskontrolle heißt es: „Die Auswahl eines geeigneten Schulgebäudes ist erfolgt und die benötigten Mittel wurden im Zuge der Haushaltsplanung 2025 zunächst angemeldet. Leider konnten diese im Zuge der Sparmaßnahmen nicht im eingebrachten Entwurf verbleiben und fielen den Kürzungen zum Opfer.“

Wo hingegen viel Geld fließt, ist das Straßenbauprogramm – bei der ein oder anderen Straße im Landkreis fragt man sich schon, ob es da nicht einen Aufschub um 2, 3, 5 oder 10 Jahre bei der Sanierung hätte geben können, um vielleicht erst einmal in den Klimastrukturwandel zu investieren. Ob vor diesem Hintergrund die Verknüpfung der Investitionen in Radwege und Autostraßen so klug war (70% in Kreisstraßen, 30% in Radwege), kann man in diesem Zug bezweifeln. Die A49 und B252 erzeugen neben den ökologischen Kosten für Kreis und Kommunen auch Kosten in Bezug auf das Umstufungsverfahren – klimaschädliche Projekte, die damit Gelder für den Klimastrukturwandel blockieren. Zu den sonstigen Folgekosten und -schäden der Inbetriebnahme der A49 sei Ihnen unser Dringlichkeitsantrag ans Herz gelegt.

Wir sehen vor dem Hintergrund dieses Haushalts auch pauschale Kürzungen als einen generellen Irrweg an. Was bringen beispielsweise ein paar Zehntausend Euro weniger für Naturschutz und 2.000 Euro weniger im Artenschutzbudget an Einsparungen im Haushalt und was schaden sie im Vergleich zur Bewältigung der Biodiversitätskrise? Was hilft es im Haushalt, wenn man für ein paar Tausend oder Zehntausend Euro die Beschilderung von Radwegen in spätere Jahre verschiebt. Und was sagt das über den Willen zur Verkehrswende im Landkreis aus? Ähnliche Unwuchten finden sich in diversen Budgets, auch bspw. beim Thema Klimaschutz. Wenn man schon sparen muss, dann mit einem mutigeren politischen Fokus.

Wir wünschen uns diesen Fokus auf Klimaschutz und die damit verbundene Wärme-, Energie- und Verkehrswende. Einen Fokus, der nicht einfach nur bestehende Programme leidlich fortführt und dort, wo es Fördermittel gibt, auch ein bisschen was extra macht. Hier können wir nur wiederholen, was in unserer Haushaltsrede 2023 schon zum Klimastrukturwandel im Landkreis gesagt wurde und immer noch als Angebot gilt: "Wir wären gerne Teil einer aktiven, wissenschaftsbasierten Lösung, die nach neuen Wegen sucht, anstatt sich weiter auf ausgetretenen Pfaden zu verirren."

Diese aktive, wissenschaftsbasierte Lösung sehen wir im Moment nicht. Deshalb können wir diesem Haushalt nicht zustimmen.